

Ute Bertram
Mitglied des Deutschen Bundestages



Ute Bertram MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Frau
Getje Liebers

Berlin, 16.02.2016

Ute Bertram MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro:
Jakob-Kaiser-Haus
Wilhelmstraße 68a
Raum: 5.850

Telefon: +49 30 227-72790
Fax: +49 30 227-76788

Wahlkreisbüro:
Bahnhofsallee 28
31134 Hildesheim

Telefon: +49 5121 51 07 55
Fax: +49 5121 5 22 68

ute.bertram@bundestag.de
www.ute-bertram.de

ME/CFS

Sehr geehrte Frau Liebers,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 8. Februar nebst umfangreicher Anlagen und CDs. Darin zweifeln Sie die bisherigen Behandlungsmethoden dieser schwer zu fassenden Krankheit an und stellen die Frage nach der Strafbarkeit im Zusammenhang mit einer Zwangspsychiatisierung. Zudem geben Sie mir einen 21 Fragen umfassenden Katalog zur Beantwortung auf.

Zunächst bitte ich um Verständnis dafür, dass ich als Nichtmedizinerin keine eigene fachliche Bewertung darüber abgeben kann, ob es sich beim chronischen Erschöpfungssyndrom (chronic fatigue syndrome – CFS) um eine psychiatrische oder somatische Erkrankung handelt. Die Antwort hierzu kann nur von der Wissenschaft kommen.

Soweit Sie die Frage der Strafbarkeit aufwerfen, muss ich darauf hinweisen, dass ich als Bundestagsabgeordnete keine Rechtsberatung vornehmen darf; diese ist den rechtsberatenden Berufen vorbehalten. Deshalb kann ich nur den Hinweis geben, sich an ein Rechtsanwaltsbüro zu wenden, das im Medizinrecht ausgewiesen ist. Hierzu könnte Ihnen die Schleswig-Holsteinische Rechtsanwaltskammer, Gottorfstraße 13, 24837 Schleswig, behilflich sein.

Mit freundlichen Grüßen



Burkhard Blienert
Mitglied des Deutschen Bundestages



Burkhard Blienert, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Frau
Getje Liebers

[REDACTED]

[REDACTED]

**Platz der Republik 1
11011 Berlin**

☎ (030) 227 784 99

☎ (030) 227 764 98

✉ burkhard.blienert@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Kilianstraße 2
33098 Paderborn

☎ (05251) 877 17 33

☎ (05251) 877 17 32

✉ burkhard.blienert.wk@bundestag.de

Berlin, 24.02.2016

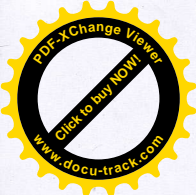
Sehr geehrte Frau Liebers,

vielen Dank für die Zusendung der umfangreichen Unterlagen. Aufgrund der Materialfülle bitte ich um Nachsicht, dass das Sichten und Bewerten einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Daher kann ich zum derzeitigen Zeitpunkt mich nicht eingehend zu Ihrem Anliegen äußern und vorerst keine Antworten auf Ihren Fragenkatalog geben.

Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Burkhard Blienert



Harald Weinberg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Fraktion DIE LINKE.
Gesundheitspolitischer Sprecher

Harald Weinberg MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Getje Liebers

[REDACTED]
[REDACTED]

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Raum 4809

(030) 227 – 72394

(030) 227 – 76499

harald.weinberg@bundestag.de

Wahlkreisbüro Nürnberg
Adam-Klein-Str.158
90431 Nürnberg

(0911) 4505627

(0911) 43122322

harald.weinberg.wk@bundestag.

Berlin, 25. Februar 2016

Ihr Schreiben vom 08.02.2016

Sehr geehrte Frau Liebers,

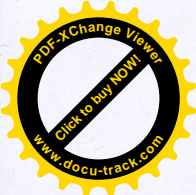
vielen Dank für Ihren Brief und die CDs. Die Wiedergabe der Musik-CD funktioniert hier auf dem Computer in meinem Büro leider nicht, insofern kann ich Ihnen dazu noch keine Rückmeldung geben, aber ich werde das noch auf einem anderen Gerät versuchen.

Das chronische Erschöpfungssyndrom CFS (auch Benign Myalgic Encephalomyelitis, ME) wurde seit langem als Erkrankung anerkannt. CFS geht für die Betroffenen meist mit einer starken Beeinträchtigung der Lebensqualität einher. Dass bis heute gegen CFS kein spezifisches Arzneimittel zur Verfügung steht, kann mehrere Ursachen haben. Selbstverständlich gibt es Erkrankungen, für die einfach noch keine wirksame Therapiemethode gefunden wurde. Das ist grundsätzlich Sache der medizinischen Wissenschaft und kann politisch nicht erzwungen werden.

Die Politik kann und muss aber Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass eine bestmögliche Behandlung erfolgt, eine bedarfsorientierte Forschung stattfindet und dass Menschen nicht aufgrund einer Erkrankung stigmatisiert oder diskriminiert werden.

Zur Behandlung: DIE LINKE steht für eine hochqualitative und unabhängige Behandlung aller Patientinnen und Patienten. Wir wollen, dass der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen alle Behandlungen enthält, die den Patientinnen und Patienten nachweislich helfen. Wenn Arzneimittel entwickelt werden, die gegen CFS helfen, müssen sie auch schnell für die Behandlung zur Verfügung stehen. Damit trotzdem neue Arzneimittel bezahlbar bleiben und die richtigen Forschungsanreize gesetzt werden, haben wir einen Antrag eingebracht, der einen schnellen Marktzugang neuer Arzneimittel ermöglicht und bei dem sich die Preise am patientenrelevanten Nutzen orientieren. So wollen wir echte Innovationen belohnen, für unnötige Scheininnovationen aber kein Geld verschwenden.

Zur Forschung: Die Entscheidung, welche Wirkstoffe beforscht werden und zur Marktreife gebracht werden, obliegt momentan allein der Pharmaindustrie. Das hat zur Folge, dass sich die Forschung vor allem an dem zu erwartenden Gewinn orientiert. Erkrankungen, mit deren Behandlung sich nicht ausreichend Profit erwirtschaften lässt, werden da nicht selten vernachlässigt. Warum beispielsweise der Hersteller von Retuximab bislang noch keine



Zulassung beantragt hat oder einem Antrag nicht stattgegeben wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir müssen aber fragen: Warum müssen wir eigentlich warten, bis der Hersteller aktiv wird? Warum können der Staat oder etwa die Krankenkassen nicht selbst aktiv werden, um bestehende Forschungslücken zu füllen und selbst Arzneimittel zur Zulassung bringen? Der Schlüssel für gute neue Arzneimittel ist eine bedarfsorientierte und unabhängige Pharmaforschung. Deshalb beantragen wir, jährlich 500 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt zu verwenden, um die nichtkommerzielle Pharmaforschung voran zu bringen. Leider wird dieser Antrag Jahr für Jahr von den Regierungsfractionen abgelehnt.

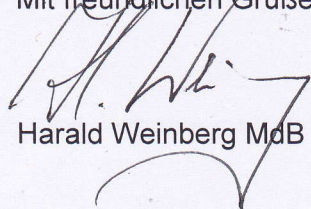
Zur Stigmatisierung: Krankheit kann jede und jeden treffen. Doch nach wie vor sind viele Krankheiten mit Stigmata belegt. Das betrifft CFS möglicherweise in besonderer Weise. DIE LINKE fordert daher seit Jahren, chronische Erkrankungen in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) aufzunehmen. Chronisch erkrankte Menschen sollen so vor Diskriminierung unter anderem in der Arbeitswelt geschützt werden. Eine Krankheit darf zum Beispiel keinen Grund darstellen, kranke Menschen, die ansonsten zu einer Arbeit in der Lage wären, nicht einzustellen. Die Politik kann und soll nicht alles in der Gesellschaft bestimmen. Aber durch die Aufnahme chronischer Krankheiten in das AGG kann etwas erreicht und ein Zeichen auch für andere gesellschaftliche Bereiche gesetzt werden.

Wir werden das Thema CFS weiter beobachten und hoffen wie Sie, dass die Regierenden wieder eine Gesundheitspolitik betreiben, bei der die Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt stehen und nicht die Lohnkosten der Arbeitgeber (wie gerade mit der weiteren Festschreibung der Arbeitgeberbeiträge durch Schwarz-Rot geschehen).

Im Jahr 2013 haben wir eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung zu ME/CFS gestellt. Die Antwort ist anbei.

Noch ein Hinweis: Es könnte hilfreich sein, wenn Sie sich an die Patientenvertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA, <https://www.g-ba.de/institution/struktur/patientenbeteiligung/>) wenden. Denn diese kann dem G-BA ggf. Vorschläge machen, welche Therapieoptionen den gesetzlich Krankenversicherten zur Verfügung stehen sollen.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Weinberg MdB